

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann Dr. Alexander Wolf,
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Impfschäden erfassen und Impfgeschädigten umfassend helfen

Die Zahl der unerwarteten beziehungsweise „plötzlichen“ Todesfälle hat sich seit 2021 vervierfacht, zeitgleich zur groß angelegten Impfkampagne von Bund und Ländern. Die Korrelation zwischen beiden Faktoren ist unbestreitbar.

Der hierbei von der AfD-Bundestagsfraktion hinzugezogene und unabhängige Datenexperte Tom Lausen kann nicht nur dies attestieren – ebenso sei festzuhalten, dass 2021 knapp 2,5 Millionen Patienten mit Impfnebenwirkungen ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen und hierbei drastische Veränderungen bei Krankheitsbildern und Sterbefällen seit der rigorosen Zwangs-Impfkampagne der damals wie heute überforderten Regierung beobachtet wurden.¹

Bei dem bundesrepublikanischen System der Nebenwirkungserfassung besteht bekanntermaßen eine erhebliche Untererfassung. Als ein Grund wird der hohe Zeitaufwand für Ärzte bei fehlender Vergütung der Meldung genannt. Problematisch ist auch, wenn eine Nebenwirkung nicht als solche erkannt oder vor einer Meldung zurückgeschreckt wird, weil sie als politisch unerwünscht erachtet wird. Mit einer Kampagne kann man diesen Problemen entgegenwirken und Ärzte ermutigen, genauer hinzuschauen.

Der Senat hat sowohl die Impfkampagne des Bundes vollumfänglich unterstützt als auch ihre eigene Kampagne durchgeführt. Daher steht sie in Verantwortung für jene Menschen in Hamburg, die durch die Corona-Impfung zu Schaden gekommen sind. Hierzu gehört es, Anlaufstellen für diese Menschen zu schaffen. Aktuell gibt es in der Bundesrepublik lediglich zwei Ambulanzen, die sich mit Impfgeschädigten befassen: an der Berliner Charité und am Universitätskliniken Marburg. Termine sind auf Monate ausgebucht, was den hohen Bedarf für dieses spezielle medizinische Angebot eindrucksvoll belegt.²

Mit Omikron und seinen milden Verläufen hat sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis erheblich zuungunsten der Impfung verschoben und bedarf einer Neubewertung. Andere Länder wie Schweden und Dänemark sind schon weiter und lehnen die Kinderimpfung ab.³ Der Senat sollte daher konsequent von einer staatlichen Impfwerbung Abstand nehmen.

¹ <https://afdkompakt.de/2022/12/21/corona-impfschaeden-drastische-veraenderungen-von-krankheiten-und-todesursachen-seit-2021/>.

² <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-nebenwirkungen-impfschaeden-100.html>.

³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus239632763/Stiko-Empfehlung-Aerzte-warnen-vor-2G-und-Impfdruck-bei-Kindern.html>.

Vor diesem Hintergrunde möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. Nebenwirkungen und Impfschäden durch Corona-Impfungen sorgfältig durch die zuständigen Behörden erfassen zu lassen und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechenden Regelungen des Infektionsschutzgesetzes konsequent beachtet werden,
2. Ambulanzen für Impfgeschädigte nach dem Vorbild der Anlaufstelle an der Berliner Charité einzurichten,
3. sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass Impfgeschädigte im Gesundheits- und Versorgungswesen angemessen Gehör finden. Dafür soll der Senat die Ärzteschaft für Nebenwirkungen durch die Corona-Impfung sensibilisieren und das Thema enttabuisieren,
4. von weiteren geplanten Impfkampagnen unverzüglich und konsequent Abstand zu nehmen.